

Corona-Pandemie und Klimaschutz – einige Anregungen zur Diskussion

Volker Teichert
Hans Diefenbacher
Oliver Foltin

Bereits heute ist absehbar, dass Covid-19 die Welt verändern wird. Die Konsequenzen einer ungezähmten Ausbreitung des Virus sind so dramatisch, dass viele Gesellschaften zunächst einmal bislang nicht für möglich gehaltene Veränderungen und Einschränkungen ihres alltäglichen Lebens hinnehmen. Finanzminister sind ihrerseits bereit, ganz erhebliche Summen in die Dämpfung der Folgen für die Wirtschaft und für die Konsumenten bereit zu stellen, mit noch nicht absehbaren Folgen, die vor allem in mittel- und langfristiger Perspektive überhaupt nicht zu prognostizieren sind. Ob daraus eine gemeinsame Aktion wenigstens in Europa werden kann, wo es sich doch in Wirklichkeit um eine globale Pandemie handelt, ist noch gänzlich ungewiss.

Es ist noch viel zu früh, um alle diese Maßnahmen zu bewerten. Menschen haben aber mittlerweile begonnen, über Wege aus der Krise nachzudenken. Wer durch die Krise nicht ganz die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft verliert, der muss das auch tun. Und es ist auch verständlich, dass jede und jeder zuallererst in der Perspektive seiner Welt, in der Perspektive der Themen, die sie oder ihn bislang umgetrieben haben, versucht zu begreifen, was die Corona-Krise dafür bedeutet und wie sie zu den Problemen ins Verhältnis zu setzen ist, die uns seit langen Jahren beschäftigen. Wir machen im folgenden Text im Grunde auch nichts anderes: Wir versuchen, die Klimakrise und die Corona-Pandemie in Beziehung zu bringen und erste Kriterien zu nennen, aus denen sich vorsichtig Schlussfolgerungen für weiteres Handeln zur Diskussion stellen lassen. Im Angesicht des Ausmaßes der Corona-Krise erscheinen Fragen des Klimaschutzes zunächst zu Recht von zweitrangiger Bedeutung. Die Versuche, diese Krise zu bewältigen, haben zu einem Bruch der hergebrachten wirtschaftlichen Entwicklung geführt, zu einer Unterbrechung vieler Gewohnheiten. Aber das Wiederaufnehmen der wirtschaftlichen Aktivitäten könnte verbunden werden mit einer neuen „Nachdenklichkeit“ – in Anlehnung an den Philosophen Hans Blumenberg –, in der auch die Strukturen der bislang unmäßigen Vernutzung der Welt nicht mehr als Selbstverständlichkeit gelten.

Corona-Pandemie und Klimakrise als globale Phänomene

Auch wir setzen den vorsichtigen Optimismus voraus, dass sich die Corona-Krise bewältigen lassen wird, wenn auch mit sehr großen Belastungen und Opfern, vor denen wir unser tiefes Mitgefühl zum Ausdruck bringen möchten. Aber es wird eine „Welt nach Corona“ geben, in der sich herausstellen wird, dass alle Probleme, die wir „vor“ Corona hatten, noch immer in mehr oder minder unveränderter Form da sein werden. Aber Corona hat die Sichtweisen auf bestimmte Perspektiven teilweise gestärkt, teilweise aber deutlich verändert:

- Sowohl die Corona- als auch die Klima-Krise sind globale Phänomene, von denen die ärmsten Länder und vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten am stärksten betroffen sind.

- Klimaschutz und ein gutes Gesundheitswesen sind immer in Gefahr, auf freien Märkten „zu teuer“ zu erscheinen und deswegen fast automatisch zu wenig Ressourcen zu bekommen. Die Corona-Pandemie hat eine Neubewertung von Arbeitsplätzen zur Folge, die sich jetzt in der Krise als besonders kritisch erweisen.
- Betriebswirtschaftliche Einsparungen und der Abbau von „Über“-Kapazitäten mögen die Wettbewerbsposition einzelner Akteure kurzfristig verbessern, bergen jedoch ganz erhebliche volkswirtschaftliche Gefahren.
- Lieferketten können umso leichter brechen, je länger und komplizierter sie aufgebaut sind.
- Auch im Blick auf Globalisierung kann es ein „Zuviel“ geben, das wichtige Funktionszusammenhänge gefährden kann.

Reduktion der wirtschaftlichen Aktivitäten

Wir haben oben bereits angedeutet, dass wir im Zuge der Gestaltung von Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie zu noch nie dagewesenen wirtschaftlichen Einschränkungen bereit waren. Hier endet aber auch schon die Parallelität der Betrachtung, denn wir könnten als Gedankenexperiment kaum annehmen, wegen des Klimaschutzes würden weltweit wirtschaftliche Aktivitäten heruntergefahren – so wie wir das gerade als Folge des Corona-Virus erleben. Allerdings sehen wir auf einmal, was alles möglich wäre. Nicht, dass wir meinen, diese Maßnahmen müssten auch alle für den Klimaschutz eingesetzt werden. Nur zeigt es uns, dass sich die Staatengemeinschaft, wie auf der UN-Klimakonferenz von Paris 2015 (COP21) begonnen, energische Ziele setzen könnte, um die CO₂-Emissionen rasch zu reduzieren. Seit Ende Februar 2020 sind die CO₂-Emissionen als Folge der Schließung beziehungsweise des Herunterfahrens der wirtschaftlichen Produktion dramatisch gesunken. Der private Verkehr hat in Deutschland um mindestens ein Drittel abgenommen. Parallel sank die Schadstoffbelastung auch durch den drastisch reduzierten Flugverkehr, ebenso brach der Kohleverbrauch von Kraftwerken ein, und die Nachfrage nach Öl sank trotz des beginnenden Preiskrieges zwischen der OPEC, Russland und den USA bis Anfang April 2020 um bereits 35%.

Diese Folgen der Corona-Pandemie sollen natürlich nicht auf Dauer sein. Wahrscheinlich ist, dass die Regierungen spätestens nach deren Überwindung weltweit die Wirtschaft ankurbeln werden, um den Verlust durch die Krise wettzumachen. Das wird sich auch für die bundesdeutsche Situation bemerkbar machen. Generell sind zwei Wege aus der Krise denkbar:

- eine nahezu bedingungslose Wachstumsorientierung zum Ausgleich der mit Sicherheit nun eintretenden Rezession oder
- ein Umsetzen der oben genannten Erkenntnisse bei einem Wiederaufnehmen wirtschaftlicher Aktivitäten: neuer Vorrang für Gesundheitswesen und Klimaschutz, Rückbau der Globalisierung durch bewussten Erhalt und Wiederaufbau nationaler und regionaler Produktionskapazitäten.

Kernfrage ist also, ob die milliardenschweren Rettungspakete für die Wirtschaft ausschließlich zur Rettung einer im Grunde überholten und äußerst verletzbaren Wirtschaftsstruktur

eingesetzt werden oder, statt die althergebrachten Ideen lediglich zu wiederholen, als Prüfstein für die Gewährung von Förderungen einen zukunftsfähigen Umbau der Wirtschaft im Auge behalten.

Ansätze für den Umwelt- und Klimaschutz

Genauso wie das Corona-Virus ist der Klimawandel für uns unsichtbar. Letzteren erleben wir überdies weniger als Bedrohung, zeigen sich seine Konsequenzen zu einem großen Teil doch erst in Jahrzehnten und sind für uns gegenwärtig Lebende, vor allem in den Industrieländern, (noch) keine erkennbare Bedrohung. Daher neigen wir dazu, ihn nicht als unmittelbare Gefahr wahrzunehmen, die das Covid 19-Virus gerade unzweifelhaft ist. Doch wir müssen den Klimaschutz genauso ernst nehmen wie das Virus, auch wenn die Klimafolgen erst künftige Generationen mit voller Härte treffen werden. Ein zu spätes Handeln würde auch hier zu unabschätzbaren negativen Folgen führen.

Was sind aus daraus für Schlussfolgerungen für den Umwelt- und Klimaschutz zu ziehen?

- *Erstens* sollte uns allen deutlich geworden sein, dass wir auch den Klimaschutz nicht umsonst bekommen werden, sondern dass es Einschränkungen nach sich ziehen wird, wenn wir die Klimaschutzziele – eine Reduzierung der Treibhausgabe von 95% bis 2050 – erreichen wollen. Es wird nämlich nicht ausreichen, lediglich mit ein paar technischen Effizienzmaßnahmen die CO₂-Emissionen zu verringern. Denn angesichts des heutigen Produzierens und Konsumierens über den gesamten Globus kann es nicht nur zu Versorgungsengpässen kommen, sondern es ist damit auch ein gewaltiger Transportaufwand von A nach B, teilweise über C, notwendig. Begründung für solche Transportwege ist dann oftmals der Hinweis, dass das Produkt auf diese Weise ein paar Cent billiger wäre. Die sozialen oder ökologischen Folgekosten werden dabei allerdings zum großen Teil nicht mit einberechnet. Wenn wir also aus der Corona-Krise etwas lernen wollen, ist es, die Produktion wieder stärker zu regionalisieren und die Globalisierung zu begrenzen. Und das sollte sich nicht nur auf die Herstellung von Atemschutzmasken konzentrieren. Welche Bedürfnisse gibt es in einer bestimmten Region? Lassen sich die Bedürfnisse mit regional vorhandenen Ressourcen befriedigen? Wie geht die Politik mit diesen Fragen um? Ist sie bereit, lokale und regionale Strukturen zu fördern?
- Deswegen sollte, *zweitens*, darauf geachtet werden, dass die bereits beschlossenen Maßnahmen zum Klimaschutz aus dem Klimapaket von Dezember 2019 angesichts der Corona-Krise nicht wieder zurückgenommen werden. Es deutet sich bereits an, dass aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen einzelner Akteure darüber nachgedacht wird, bestimmte Maßnahmen erst später umzusetzen. Ein Ausbleiben der beschlossenen Instrumente wäre allerdings fatal, da sie ja bereits zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung nicht unumstritten waren, sodass für viele in der gegenwärtigen Corona-Krise gefordert wird, sie wieder rückgängig zu machen. Über die zum 1. April angeho-bene Luftverkehrssteuer, mit der verstärkt Anreize für ein verändertes Mobilitätsverhalten gesetzt werden sollen, wird auf politischer Ebene bereits diskutiert. Doch gera-

de die im vergangenen Jahr beschlossenen Maßnahmen dienen dazu, bis 2030 die CO₂-Emissionen um 55% zu reduzieren. Wenn jetzt die Maßnahmen nicht sukzessiv umgesetzt werden, steht zu befürchten, dass wir, wie vor der Corona-Pandemie prognostiziert, 2020 die Klimaziele verfehlen werden. Sollten wir sie 2020 dennoch erreichen, so liegt es ausschließlich an dem durch Corona bedingten Rückgang von Produktion und Konsum. Ab 2021 wird Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas mit 25 EUR pro freigesetzte Tonne CO₂ belastet werden, bis 2025 wird der Preis schrittweise auf 55 EUR angehoben. Parallel werden die Kosten von Strom leicht sinken. Gefördert wird auch der Austausch von Ölheizungen gegen klimafreundlichere Heizsysteme.

- *Drittens* sollten die in den Folgemonaten zu erwartenden Stützungsprogramme, die zur Sicherung und Wiederbelebung der Wirtschaft eingeführt werden, ob bundes-, landesweit oder regional, immer an den Notwendigkeiten von Umwelt- und Klimaschutz ausgerichtet werden. Fehler bei den Konjunkturprogrammen – wie etwa bei der Wirtschaftskrise 2008 – dürfen sich nicht wiederholen. Als Beispiel kann hier die so genannte „Abwrackprämie“ für Pkw angeführt werden. Damals hätte es sich angeboten, umwelt- und klimapolitische Vorgaben zu den CO₂-Emissionen oder zum Schadstoffausstoß aufzunehmen. Welche Maßnahmen sich für mögliche Konjunkturprogramme eignen, kann aus den zahlreichen Klimaschutzkonzepten entnommen werden, die für Kommunen und auch für Kirchen erstellt wurden. Hier ist eine Vielzahl an Vorschlägen hinterlegt, die beim Klimaschutz zukünftig vermehrt umgesetzt werden müssen. Im Gebäudebereich sollten vor allem verstärkt Effizienzmaßnahmen in Bestandsgebäuden, die vor dem Jahr 2002 errichtet wurden, flächendeckend realisiert werden. Bislang liegt die Sanierungsquote bei nur etwa einem Prozent pro Jahr. Notwendig ist daher ein Systemwechsel, um einen klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 zu erreichen, also Gebäude, die nicht mehr Energie verbrauchen, als ihnen durch erneuerbare Energien zur Verfügung steht. Für eine möglichst CO₂-neutrale Gesellschaft bedeutet dies bereits heute, den Verzicht auf die Verbrennung von Erdgas und Erdöl vorzubereiten und bei der Sanierung von Gebäuden zu berücksichtigen. Aber auch die Mobilität muss deutlich klimafreundlicher gestaltet werden. Dazu sollte der ÖPNV in Stadt und Land drastisch ausgebaut und mit entsprechenden flankierenden Strukturen und Maßnahmen unterstützt werden: etwa durch die Aufnahme entsprechender Sharing-Angebote, dem großzügigen Ausbau von Fuß- und Radwegen und dem Rückbau von Wegen für den motorisierten Verkehr. Darüber hinaus sollten verschiedene Arten von Verkehrsdienstleistungen in einem einzigen Mobilitätsdienst vereinigt werden, der öffentlichen Nahverkehr mit Fahrrad-, Car- oder Bikesharing, Taxis, Autovermietungen oder -verleih verknüpft.
- *Viertens* müssen wir es uns zur Aufgabe machen, die vielen kirchlichen und kommunalen Klimaschutzmanager in ihren Aufgaben zu unterstützen und zu stärken. Es darf nicht passieren, dass deren Arbeit jetzt als Folge von Covid-19 an Bedeutung verliert, weil wir „zuerst“ die Wirtschaft ankurbeln müssen. Gerade in der jetzigen Zeit wäre es wichtig, dass sich die Klimaschutzmanager mit der Frage auseinandersetzen, welche

Maßnahmen zur Stützung und zur Neubelebung der Wirtschaft in der Zukunft mit klima- und umweltpolitischen Aspekten versehen werden könnten. Hier kann sich der Umwelt- und Klimaschutz gezielt einbringen.

- *Fünftens* werden neue politische Vorgaben und die Folgen der Corona-Krise dazu führen, dass manche Länder in Zukunft weniger Rohstoffe an Handelspartner wie Deutschland liefern. Die Einsparung von Rohstoffen und der vermehrte Einsatz von Sekundärrohstoffen sollte deswegen mehr als bisher im Fokus des wirtschaftlichen Denkens stehen. Nehmen, herstellen, wegwerfen – das gehört zur Vergangenheit. Ähnlich wie beim Klimawandel ist diese Diskussion nicht neu; bereits 1991 hat die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht gefordert: „Alle Beteiligten müssen in Zukunft mehr Mitverantwortung für die von ihnen hergestellten, in den Verkehr gebrachten oder genutzten Produkte über den gesamten Lebenszyklus hinweg übernehmen.“ Diese Erkenntnis müssen wir uns jetzt, in Zeiten von Corona, wieder in Erinnerung bringen.
- *Sechstens* und schließlich macht uns die Corona-Pandemie bereits bestehende Erkenntnisse in einer anderen Perspektive erneut deutlich: Wir sind mit dem kapitalistischen Wirtschaftsmodell an Grenzen gestoßen, auch wenn es das Modell der bundesdeutschen sozialen Marktwirtschaft annimmt. Wie könnte ein anderes Wirtschaften in der Zukunft aussehen?

Wachstum bis zum Ende als „Weltverbrauch“ oder Kriterien für eine Wirtschaft der Zukunft

Auch wenn es zunächst paradox anmutet, so wird es angesichts der Corona-Krise erforderlich sein, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie wir nicht wieder in einen als unvermeidlich apostrophierten Wachstumsfetischismus geraten wollen. Denn wir sehen ja zunächst, dass der Einbruch bei den Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts mit einer Abwärtsbewegung verbunden ist, die als Folge der verordneten Schließungen von sozialen Verwerfungen bis hin zu dramatischen Verschlechterungen der allgemeinen Lebensbedingungen reicht: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und finanzielle Einbußen sind die unmittelbaren Folgen. Nach Ende der Pandemie ist dann, wie bereits prognostiziert, mit einem deutlichen Ansteigen der Wachstumsraten zu rechnen, vor allem, weil die bis dato fast brach liegenden Unternehmen ihre Produktion wieder anfahren werden. Das wird als rettend, als Rückkehr zur Normalität wahrgenommen werden. Nur sollte uns das dazu ermutigen, die Frage aufzuwerfen, wie das Wachstum der Zukunft genau aussehen soll. Nicht jedes Wachstum trägt auch dazu bei, dass Beschäftigung entsteht („jobless growth“); Im schlimmsten Fall könnte Wachstum nach einer Krise dazu führen, dass die Beschäftigung, die vor der Krise bestand, abgebaut wird („joblost growth“). Wir sollten also durchaus einen Augenblick innehalten und uns darüber verständigen, welche Produktion nachhaltig ist und auch künftig gefördert werden sollte; ein „Einfach-Weiter-so-wie-bisher“ sollte und kann es nicht geben. Die diversen Geldsummen, die derzeit an große und auch mittelständische Unternehmen verteilt werden, werden in keinerlei Form mit umwelt- oder klima-

politischen Aspekten verknüpft. Dies ist zwar sicherlich zunächst erst einmal eine kurzfristig notwendige Stützungsmaßnahme, die aber bereits mittelfristig an ökologischen und sozialen Kriterien gekoppelt werden sollte. Der Wiederanfang nach dem Bruch der Corona-Krise kann zu einem wirklichen Neubeginn führen und die Wirtschaft auf die zukünftigen Herausforderungen – in den Bereichen Mobilität, Energie, Agrar, Chemie – vorbereiten. Denn vor allem die neue Verschuldung, die jetzt entstehen wird, kann nicht auf die Schultern der künftigen Generationen übertragen werden, was geschehen würde, wenn die gegenwärtige Generation zu notwendigen Veränderungen nicht bereit wäre und weiterleben würde wie bisher.

Förderung der informellen Arbeit

Ein weiterer Aspekt dürfte uns das Corona-Virus ebenfalls vor Augen geführt haben, nämlich dass es für eine Gesellschaft nicht nachhaltig ist, wenn immer mehr Teile der Bevölkerung in den formellen, erwerbswirtschaftlichen Sektor drängen und vor allem gedrängt werden und der informelle Bereich zunehmend an Bedeutung verliert beziehungsweise nur noch „Erfüllungsgehilfe“ der formellen Ökonomie ist. Die positiven Akzente der informellen Wirtschaft werden auf diese Weise immer mehr zurückgedrängt.

Neue Nachbarschaftlichkeit, Zivilgesellschaft, Kirchen

Um eine möglichst ausgewogene dualwirtschaftliche Entwicklung von formeller und informeller Ökonomie zu erreichen, sollte der Trend, wonach formelle Erwerbsarbeit eindeutig bevorzugt wird, in eine andere Richtung gelenkt werden. Dazu bedarf es aber einer sozialpolitischen Neugestaltung auf bislang kaum eingeschlagenen Pfaden. Doch wenn es wirklich gelingen sollte, ein Kooperationssystem aufzubauen, in dem die verschiedenen sozialpolitischen Träger miteinander verknüpft werden und deren Andersartigkeit anerkannt wird, könnte der informelle Bereich unseres Wirtschaftssystems grundlegend gestärkt werden. Ein solches Kooperationssystem darf aber nicht dazu genutzt werden, professionelle Leistungen abzubauen. Es muss vielmehr gefragt werden, welche Angebote jeweils am besten durch eine bestimmte Verbindung von Akteuren erbracht, finanziert und übermittelt werden können.

Doch wenn ein anderes Verständnis von den Tätigkeiten in der informellen Ökonomie erreicht werden soll, sind sie gesellschaftlich auch anzuerkennen. Dabei darf aber nicht der Fehler gemacht werden, Frauen wieder auf ihre Rolle im privaten Haushalt festzulegen. Vielmehr sollen beide Bereiche, nämlich die Erwerbs- und die Bedarfswirtschaft, für Frauen und Männer offen sein.

Den Interessen und Bedürfnissen der Menschen nach informellen Tätigkeiten muss das formelle System also vermehrt entsprechen. Derzeit ist es eher genau umgekehrt: Aktivitäten im informellen Bereich richten sich an den vorgegebenen Zeitstrukturen der Erwerbsarbeit aus. Um eine solche Arbeitszeitpolitik durchzusetzen, mit der formelle und informelle Ökonomie besser miteinander vereinbart werden können, wäre es notwendig, dass sich die Tarifparteien verstärkt an der Diskussion um informelles

und formelles Arbeiten beteiligen. Bisher wurde die Diskussion, speziell von den Gewerkschaften, sehr stark auf die abhängige Erwerbsarbeit bezogen. Der informellen Ökonomie stand man hier zumeist skeptisch bis ablehnend gegenüber. Unberücksichtigt blieb dabei deren Anreiz- und Beispielfunktion, die sich etwa in Eigeninitiative, Mit- und Selbstbestimmungspotentialen bei gesellschaftlich sinnvoller Arbeit äußert.

Vielfalt von Arbeitszeitmodellen

Weiter zeigt sich in der gegenwärtigen Corona-Pandemie, dass Arbeiten auch anders erfolgen kann als durch permanente Anwesenheit am Arbeitsplatz. Auch an diesem Punkt hat sich gezeigt, dass Strukturen plötzlich möglich sind, die jahre- bis jahrzehntelang einfach als undenkbar abgetan wurden. Dies könnte vor allem mit Blick auf Klimaschutz eine wichtige Erkenntnis sein. Nicht nur gehen die Staus im beruflichen Morgen- und Abendverkehr zurück, sondern auch Lärm und Stickoxid-Belastungen nehmen deutlich ab. Bei den Arbeitszeiten gilt es, zwei Aspekte zu betrachten: Einerseits sollte die Teilzeitarbeit – wie in den Niederlanden und Skandinavien – auch in Deutschland primär für qualifizierte Tätigkeiten und auch für Männer attraktiver gemacht werden. Arbeiten in der informellen Ökonomie (Kinderbetreuung, Betreuung der Eltern und Schwiegereltern sowie ehrenamtliche Tätigkeiten) müssen bei der Karriere ebenso berücksichtigt werden wie die Erwerbsarbeit in der formellen Ökonomie. Die Teilzeitarbeit muss aus der „Schmuddelecke“ herauskommen und positiver besetzt werden. Nach wie vor ist Teilzeit eine Frauendomäne. Ebenso ist Teilzeit bislang ein Arbeitszeitmodell, das die Karriere eher behindert als fördert. Vor allem Frauen bekommen dies immer wieder zu spüren. Als Grund für den „Karriereknick“ wird gerade für Deutschland die besonders ausgeprägte Präsenzkultur angeführt.

Neben der Aufwertung der Teilzeitarbeit könnten andererseits aber auch unterschiedliche (Lebens-)Arbeitszeitmodelle praktiziert werden, die eine größere Durchlässigkeit zwischen formeller und informeller Lebenswelt zulassen. Denkbar wäre etwa die Festlegung einer Lebensarbeitszeit in erbrachten Stunden, die jeder individuell über sein Leben verteilen kann, indem er etwa in bestimmten Lebensabschnitten mehr und in anderen weniger arbeitet. Zur Unterstützung würde sich unter Umständen eine Kombination zwischen Grundeinkommen und alternativen Arbeitszeitoptionen anbieten.

Drittens darf nicht übersehen werden, dass schon seit einiger Zeit eine Diskussion zur Aufhebung des Acht-Stunden-Tages geführt wird. Sicher entsprechen flexible Arbeitszeiten dem Wunsch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, doch müssen diese auch vor überlangen Arbeitszeiten geschützt werden.

Erprobung eines lebensphasenspezifischen Grundeinkommens

Ein wichtiges Element, das bisher noch nicht realisiert wurde, aber in der Corona-Krise durchaus gefordert und diskutiert wurde, wie zum Beispiel sehr konkret in Spanien, betrifft die Einführung eines Grundeinkommens. Dadurch könnte zum einen eine deutliche Verschlanung und Vereinfachung des bisherigen Sozialleistungssystems erreicht werden. In Zeiten von Veränderungen, die durch die Digitalisierung und die

„Industrie 4.0“ ausgelöst wurden und sich in Zukunft wohl noch beschleunigen werden, böte das Grundeinkommen den Menschen die nötige Sicherheit, um mit größerer Zuversicht in die Zukunft schauen zu können. Dies wiederum würde die Kreativität und den Unternehmergeist fördern, die notwendig sind, um die anstehenden Herausforderungen nach Corona zu meistern. Ebenso würde das Grundeinkommen eine Verschiebung von formellen zu informellen Tätigkeiten erleichtern. Insgesamt erhielten gerade informelle Tätigkeiten wie Hausarbeit, Kinderbetreuung sowie Betreuung von kranken und alten Personen durch ein Grundeinkommen eine größere Anerkennung als bislang. Der momentan auf Erwerbsarbeit fokussierte Blick würde durch diese dann auch entgeltliche Honorierung der informellen Arbeit geweitet. Insgesamt würden alle, die momentan finanziell abhängig sind, durch ein Grundeinkommen an Unabhängigkeit gewinnen. Zudem trägt es zur Überwindung der unbedingten Beschleunigungs- und Steigerungslogik der heutigen Gesellschaft bei. Außerdem könnte das Grundeinkommen und die damit verbundene Diskussion auch als Ausgangspunkt für einen breiteren Diskurs um die Anerkennungsstrukturen unserer Gesellschaft dienen, den wir über das Grundeinkommen hinaus für notwendig erachten, um die negativen Auswirkungen der bisherigen Arbeits- und Konsumgesellschaft zu reflektieren und gegebenenfalls zu korrigieren.

Die Corona-Pandemie ist vielleicht die größte Herausforderung, der sich die globale Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellen muss. Sie trifft uns zu einer Zeit, in der zumindest wir in Deutschland zu einem guten Teil in einer trügerischen Bequemlichkeit leben. Nicht wenige von uns haben die Annehmlichkeiten ihres Lebens genossen und die Notwendigkeit einer Änderung des Wirtschaftsstils zur Erreichung der Klimaziele verdrängt oder vor sich her geschoben. Nun ist die Corona-Pandemie über uns gekommen, die tiefgreifende Veränderungen der Gesellschaft in kürzester Frist erfordert hat. Dass dies weitgehend in großer Solidarität möglich war und ist, erfüllt uns mit Zuversicht, dass in Zukunft auch die längerfristigen Klimaziele in unserer Gesellschaft die notwendige Aufmerksamkeit erreichen können. Einige Eckpunkte, wie dies ermöglicht werden kann, hat der vorliegende Text zur Diskussion gestellt.

Dr. Volker Teichert, Dipl.-Volkswirt und Diplom-Pädagoge, seit seiner Pensionierung Ende 2019 nach wie vor als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Nachhaltige Entwicklung der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) beschäftigt.

Dr. Hans Diefenbacher, Dipl.-Volkswirt, ist außerplanmäßiger Professor am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg und zudem seit seiner Pensionierung Ende 2019 weiterhin an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) im Arbeitsbereich Nachhaltige Entwicklung wissenschaftlich tätig. Seit 1998 ist er zudem Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für Umweltfragen.

Dr. Oliver Foltin, Dipl.-Volkswirt, ist stellvertretender Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und darüber hinaus zuständig für das Projektbüro Klimaschutz der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) ist ein interdisziplinäres Forschungsinstitut, seit 1958 mit Sitz in Heidelberg, dessen Grundfinanzierung durch die Mitglieder des Trägervereins – die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Gliedkirchen der EKD, den Deutschen Evangelischen Kirchentag und die Evangelischen Akademien – getragen wird und das darüber hinaus zahlreiche Forschungs- und Beratungsarbeiten durch Drittmittel finanziert. Die FEST ist in vier Arbeitsbereiche gegliedert: i) Religion, Recht & Kultur, ii) Nachhaltige Entwicklung, iii) Theologie & Naturwissenschaft und iv) Frieden. Die Schwerpunkte des Arbeitsbereichs Nachhaltige Entwicklung liegen in theorieorientierten und praktischen Projekten in den Themenfeldern „Klima, Energie und Umwelt“ (Klimafolgenanpassung, Klimaschutzkonzeptionierungen und Managementsysteme), „Sozialökologische Transformation“ (Digitalisierung & Nachhaltigkeit, Umwelt- und Sozialpolitik, Transformation der Arbeitswelt sowie Bildung für Nachhaltige Entwicklung) und dem Themenfeld „Wohlfahrts- und Nachhaltigkeitsmessung“ (Nachhaltigkeitsindikatoren und Wohlfahrtsindizes).